

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1599
Stroßlaße Riesa Nr. 52.

Nr. 125.

Freitag, 1. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für demüthigter Mahat erfüllt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Mehl- und Brotpreise und Getreide- und Mehlbestandsaufnahme betr.

Die Reichsgetreidekasse hat mit Genehmigung der Reichsregierung die von den Kommunalverbänden an sie zu entrichtenden Getreidepreise für Roggen von 197 000 M. auf 780 000 M. und für Weizen von 212 000 M. auf 880 000 M. für die Tonne erhöht, um einen Ausgleich für das aus dem Ausland aufgekaufte und noch aufzukaufende Getreide herbeizuführen.

Diese Erhöhung hat auch eine entsprechende Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge.

Es sind deshalb unter Berücksichtigung dieser bedeutenden Erhöhung der Getreidepreise und teilweise auch der seit der letzten Brotpreiserhöhung eingetretenen Erhöhung der Arbeitslöhne und der sonstigen Betriebskosten in den Mühlen und Bäckereien für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa folgende Höchstpreise neu festgesetzt worden:

- A. für Mehl:
- a) im Großhandel für Weizenmehl 112 400 M. für 1 dz brutto im Leibsch frei Haus, für Roggenmehl 102 700 M.
 - b) im Kleinhandel für Weizenmehl 1300 M. für 1 kg, für Roggenmehl 1175 M. für 1 kg.
- B. für Brot:
- für Roggenbrot 981 M. für 1 kg, für Weizenbrot 1240 M. für 1 kg, 1865 M. für 1900 gr, 520 M. für 420 gr.

Diese Preise treten vom 4. Juni 1923 ab in Wirksamkeit. Sie dürfen, worauf besonders ausdrücklich hingewiesen wird, nur von diesem Tage ab gefordert werden. Ein früheres Abfordern dieser Preise zieht strafrechtliche Verfolgung nach sich.

Zwecks Nachbesserung des Unterschiedes zwischen dem alten und neuen Preise für die am 3. Juni 1923 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände erhalten alle Bäckereien einschl. der Mühlenbäckereien und Mehlhandlungen Aufzehrung, über die am 3. Juni 1923 nach Geschäftsschluss vorhandenen Bestände an

- 1. Roggen, 5. Weizenmehl 85%ig,
- 2. Weizen, 6. Gerstenmehl 75%ig,
- 3. Gerste, 7. Roggenbrot,
- 4. Roggenmehl 85%ig, 8. Weizenbrot

(sämtlich bis zum 7. Juni 1923 unter Benutzung der in ihrem Besitze befindlichen Vorbehalte) an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zu erhalten. Die Bestände sind auf genaueste anzugeben. Redlich schätzungsweise Angabe ist unzulässig.

Zwecks Nachprüfung der Richtigkeit der angegebenen Bestände sind weiter alle bis zum 3. Juni 1923 nach Geschäftsschluss belieferten Brotmarken (bis einschließlich Reihe 6 der laufenden Brotschleife) sorgfältig zu zählen, in vorgeschriebener Weise zu

bündeln und zu schüren und hierauf sofort und spätestens bis zum 7. Juni 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzuliefern. Auf im voraus belieferte Marken der Reihe 7 ff. der laufenden Brotschleife wird Mehl nicht zugewiesen. (Siehe Bekanntmachung vom 21. Februar 1923.)

Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund von Abschnitt 9 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922 bestraft.

Großenhain, am 30. Mai 1923. 1880 I. Der Kommunalverband.

Kleie vom letzten Drittel der Getreideumlage betr.

Der Kleiepreis für das 5. und 6. Sechstel der Getreideumlage ist auf 21 000 M. für 50 kg ohne Sach ab Lagerstelle festgesetzt worden.

Der Kommunalverband wird nunmehr mit der Ausschreibung der Kleiebezugscheine auf das 5. und 6. Sechstel der Getreideumlage in der Reihenfolge der gestellten Anträge beginnen.

Etwa noch nicht gestellte Anträge auf Zuweisung der Kleie für diese beiden Sechstel der Umlage sind umgehend und spätestens bis zum 15. Juni 1923 an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zu richten, da über die noch in den Mühlen vorhandenen Bestände mit Rücksicht auf die kommende wärmere Jahreszeit verfügt werden muß. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Etwaige Anträge auf Zuweisung der Kleie auf das 4. Sechstel der Umlage müssen nunmehr bis zum 10. Juni bei der Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes gestellt werden. Nach diesem Tage gestellte Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Großenhain, am 30. Mai 1923. I. Der Kommunalverband.

Zahlung der Sozialrentenunterstützung erfolgt am Montag, den 4. Juni 1923, vormittags. Versicherungsamt Riesa, am 1. Juni 1923.

Gaspreis-Erhöhung.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1923 ab wird der Bezugspreis für 1 Kubikmeter Gas auf 800 M. erhöht. Der neue Preis gilt ohne weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht bis spätestens den 5. Juni 1923 den Gasverbrauch einstellen und dies behufs Abperzung der Privatgasleitung der Gaswerkverwaltung bis zu dem genannten Zeitpunkt schriftlich angezeigt haben.

Der Rat der Stadt Riesa, am 31. Mai 1923.

Kirschenverpachtung.

Die diesjährige Ackeranwendung der Gemeinde Poppitz soll verpachtet werden. Schriftliche Gebote bis 7. Juni erbeten. Poppitz, den 31. Mai 1923.

Der Gemeindevorstand.

Erhöhung des Brotpreises.

Nach den wiederholten Ankündigungen über die bevorstehende Erhöhung des Brotpreises ist es nun für die Hausfrauen keine Überraschung mehr, wenn sie zu lesen bekommen, daß die angekündigte Erhöhung ab Montag, den 4. Juni, in Kraft tritt! Der Ernährungs- und Gesundheitsrat für die Amtshauptmannschaft Großenhain befahte sich in seiner am Mittwoch nachmittag im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Kühn abgehaltenen Sitzung mit der Festsetzung des Mehl- und des Brotpreises. Dem Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß die Festsetzung des Mehl- und Brotpreises immer komplizierter wird. Obwohl die Berechnung hier auf das Sorgfältigste geschieht, lasse es sich nicht erreichen, daß der bisherige Brotpreis nur verdoppelt werde, damit werde nicht auskommen. Ausdrücklich stellte Herr Amtshauptmann Kühn hierbei fest, daß für die diesmalige Brotpreiserhöhung die Landwirtschaft, auch die in unserem Bezirke, nicht verantwortlich gemacht werden kann, denn die ursprüngliche Verletzung, daß durch die Zinsforderung für zu spät bezahltes Umlagegetreide eine Verteuerung des Brotes eintreten müsse, sei durch die wirtsch. der Amtshauptmannschaft und dem Land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverband Großenhain geschlossenen Verhandlungen beseitigt worden. Herr Amtshauptmann Kühn stellte fest, daß die nötig werdende Brotpreiserhöhung nur auf die eingetretene Preissteigerung des Getreides zurückgeführt werden muß.

In einer Vorgesprächung ist von allen Seiten das nötige Maß der Verteidigung gezeigt worden, alle Teile haben ihre Forderungen mäßig eingereicht und dann noch so viel abgelassen, daß dadurch ein einigermaßen erträglicher Brotpreis herauskommt. Bei der Backlohnberechnung mußten vor allem die eingeleiteten Beiträge für Rohle, sowie für Arbeitslohn in wesentlichem Maße erhöht werden, sodas die Backlohnberechnung in der Endsumme eine reichlich 64 prozentige Steigerung aufweisen muß. Der Ernährungs- und Gesundheitsrat stimmte folgendem Vorschlage zu:

Brotpreis: pro Kilogramm 981 M., für ein 1900-Gramm-Brot 1865 M.
Mehl im Kleinhandel: Weizenmehl 1300 M. für 1 Kilogramm, Roggenmehl 1175 M. für 1 Kilogramm.
Weizenbrot: für 420 Gramm 520 M., das Rilo 1140 M.

An dieser so gewaltigen Erhöhung des Brotpreises von 365 M. auf das dreifache, nämlich 1865 M., haben, wie Herr Amtshauptmann Kühn darlegte, die Landwirte ebensowenig wie die beteiligten Handwerker oder die Mühlen Schuld, ihnen erwächst aus dieser Erhöhung keinerlei Sondergewinn oder höherer Verdienst, den sie einstreifen könnten.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 1. Juni 1923.

Faherabbiebtahl Gestohlen wurde am 30. 5. M. nachm. 7/8 Uhr vor dem Hausgrundstück Hauptstraße 28 ein Herrenfahrerab, Marke Vanier, Nummer unbekannt, schwarzer Rahmenbau, gelbe Felgen, ohne Schutzbleche, brauner Lederattel, nach vorn gedogens Lenkzeuge, ohne Bremse, ziemlich neue Gummiabreibung, Socken verschiedenartig und mit Dolanpfeil versehen, Wert 400 000 M. Bis Täter kommt eine 20- bis 22-jährige Mannesperson in Frage, die zur fraglichen Zeit mit dem gestohlenen Fahrerab bis Riesa Hauptstraße entlang gefahren ist.

Verloren ist etwa 1,70 Meter groß, hat dunkelblauen Anzug und Schiffermütze getragen. Sachdienliche Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters führen können, wolle man der hiesigen Polizei zur Kenntnis bringen.

Ueberraschung der Butterhöchstpreise. Die Händlerin Ernestine Schmorl in Rünchrich ist, wie uns die Amtshauptmannschaft zur Veröffentlichung mitteilt, wegen Ueberrückung der Butterhöchstpreise mit einer Geldstrafe von 80 000 M. und Einziehung des Ueberrückes bestraft worden.

Reinigung vom „Glücksmaedel“. Die kürzlich vom M.-G.-B. „Sängertrupp“ ausunten von Rhein und Ruhr aufgeführte Operette „Glücksmaedel“ erbrachte trotz der hohen Unkosten (an Kartensteuer mußten allein über 200 000 M. an die Stadt abgeliefert werden) einen Uebererlös von 175 102 M. — Nächsten Dienstag wird nun die Operette nochmals gegeben, und zwar zum Besten der hiesigen Feinm. Sanitätskassette. Nur ein volles Haus kann einen Erfolg garantieren. Die Eintrittspreise sind trotz der weiter fortgeschrittenen Markterwartung nicht erhöht worden, um jedem den Besuch zu ermöglichen. Bemerkenswert ist noch, daß diese Aufführung die letzte ist.

Reichsarbeiter sporttag. Aus Anlaß des Reichsarbeiter sporttages am Sonntag, den 3. Juni, veranstaltet das Kartell Riesa für Volksbildung und Körperpflege auf dem Schwarzen Platz von nachmittags 2 Uhr ab allerlei sportliche und turnerische Vorführungen. Vormittags 9 Uhr wird Schachmeister Wlasm, Leipzig, gleichzeitig gegen 20 Rieser Schachspieler spielen. Abends findet im „Stern“ Saalsportfest mit anschließendem Tanz statt.

Zweites Gastspiel der Sächsischen Staatsoper. Am den kunstliebenden Kreisen von Riesa und Umgebung vor den langen Opernferien noch einmal Gelegenheit zu geben, hier ein hören zu hören, veranstaltet die Sächs. Staatsoper Freitag, den 15. Juni, im „Stern“ ein zweites Gastspiel mit Mozarts „Gärtnerin aus Liebe“, jener komischen Oper, deren Neuauftührung in Dresden in der musikalischen und Theaterwelt großes Aufsehen erregte. Es sind diesmal erste Solisten, u. a. Liesel von Schuch, Waldemar Stegmann, Marg Sirel, unter neuer Dresdener Seldentenor, und auch die ersten Solotänzer Susanne Dombold und Walter Kreidewitz verpflichtet worden. Die Preise sind infolge der fortschreitenden Geldentwertung etwas höher, indes erreichen sie bei weitem noch nicht die Preise der Opernauktaste in Dresden und ersparen Zeit, Fahrgeid und Spesen, die beim Besuch des Dresdener Opernhause erwachsen. Die Nachfrage nach Karten ist bereits sehr stark! Näheres im Anzeigenteil und in den Blättern.

Reichsverband Deutscher Schuhwarenhandl. Die in Leipzig gemeinsam tagende Fachvereinigung Zentralverband Deutscher Schuhwarenhandl., Säch. Schuh- und der Verband Deutscher Schuhwarenhandl., Sitz Berlin, beschloß die Verschmelzung beider Organisationen zu einem Reichsverband Deutscher Schuhwarenhandl. e. V., Sitz Berlin.

Bund deutscher Biologen e. V. Der Bund deutscher Biologen hält am 8., 9. und 10. Juni seine diesjährige ordentliche Bundesversammlung in Leipzig ab.

Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushaltsausschuß Dresden des Landtages behandelte am Donnerstag den in der letzten Landtagsitzung von den Kommunisten eingebrachten Dringlichkeitsantrag über die Erwerbslosenfürsorge. Nach längerer Aussprache, an der sich der Arbeitsminister und ein Vertreter des Finanzministeriums beteiligten, die darauf hinwies, daß die

wägungen im Gange seien zur Beschaffung von Mitteln und zur Bereitstellung weiterer Produktionsmöglichkeiten, wurde der Antrag mit den Stimmen der bürgerlichen Fraktionsmitglieder und der Sozialisten für erledigt erklärt.

Die Portoerhöhungen. Die Tarifserhöhungen bei der Reichspost werden, wie jetzt beschlossen wurde, bestimmt am 1. Juli eintreten. Die Erhöhung für den Brief wird voraussichtlich 100 v. H. betragen. Die anderen Sätze werden ganz unregelmäßig erhöht, je nachdem dem Reichspostministerium eine stärkere Anspannung der Tarife ohne allzu große Verkehrserschwerungen möglich erscheint.

Hauptversammlung des Verbandes Mitteldeutscher Holzhandl. e. V. Der Verband Mitteldeutscher Holzhandl. e. V. hielt am 28. und 29. Mai in Dresden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Die Tagung, zu welcher zahlreiche Behörden Vertreter entsandt hatten und welche von den Mitgliedern der Zweigvereine: Verband Sächsischer Kiefernhandl. e. V., Verein Mitteldeutscher Grubenholzhandl. e. V., Verband Deutscher Papierholzhandl. e. V. außerordentlich stark besucht war, nahm einen sehr interessanten Verlauf. Die Sitzung wurde von dem Verbandsvorsitzenden, Herrn Dr. Schindler, Dresden, geleitet und leitete aus der Tagesordnung u. a. folgende Punkte erwähnt. Neben einem ausführlichen Geschäftsbericht, den der Verbandspräsident, Dr. jur. Bödmann, Dresden, erstattete und der gleichzeitig das verfloßene Wirtschaftsjahr auf allen Gebieten beleuchtete, stellte ein Bericht über die Entwicklung der Holzhandl. der Marktlage, erstattet von Herrn Georg Schlobach, Leipzig. Der Vortragende wies an Hand von umfangreichem Zahlenmaterial und eingehender Unterlegen nach, daß an Stelle des vermeintlichen Reichturns, der im Holzhandel herrschen soll, infolge der Substanzverminderung, d. h. Rückgang der Lagerbestände eine allgemeine Verarmung eingetreten ist. Ueber die Auswirkungen der Ruhrbelegung auf die Holzwirtschaft sprach ein Sachmann aus dem besetzten Gebiet. Er wies nach, welche Schäden und Schwierigkeiten durch die Belegung der gesamten deutschen Holzwirtschaft zugefügt wurden. Den Höhepunkt der Tagung brachte ein Vortrag des Herrn Reichsministers a. D. Dr. Gotheim über die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands nach der Ruhrbelegung, der teilweise Unbekanntes brachte und mit lebhaftem Beifall entgegengenommen wurde. Die Sitzung fand in den späten Nachmittagsstunden ihr Ende. Die große Anzahl der Teilnehmer zeigte die Bedeutung des weitverbreiteten Verbandes und den kräftigen Zusammenhalt seiner Mitglieder.

Eine Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel wird der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, e. V., Sitz Berlin, im Anschlusse an seine diesjährige Hauptversammlung vom 4. bis 10. August in Leipzig und zwar auf dem städtischen Ausstellungsgelände am Volkeraldenplatz veranstalten, das zu Wechzeiten, den Zwecken der Technischen und Baumeße dient. Die gesamte technische Durchführung der Reichsausstellung liegt in den Händen des Leipziger Reichsamtes.

Vor dem Ehrhardt-Prozess. Dem Staatsgerichtshof ist nunmehr die gedruckte Anklageschrift gegen den Kapitän a. D. Ehrhardt zugegangen und wird sobald dem Angeklagten zugehellt werden. Es ist möglich, daß der Prozess noch im Laufe des Juni stattfindet.

Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 M. Die bereits Ende März d. J. bekanntgegebenen, sind von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 M. Fälschungen aufgekauft, bei denen das bei echten Noten auf den rechten Seite in den Worten einwärts gerichtete

verpflichtet der proletarischen Hunderttausenden... Die Volkspartei ist am Dienstag... Die Volkspartei ist am Dienstag... Die Volkspartei ist am Dienstag...

Verbot aller Ansammlungen in Dresden. Am Donnerstag nachmittag hat der Polizeipräsident... Verbot aller Ansammlungen in Dresden. Am Donnerstag nachmittag hat der Polizeipräsident...

Die geführte Demonstration in Chemnitz.

Keine Zwischenfälle. In der inneren Stadt fanden gestern Donnerstag abend... Keine Zwischenfälle. In der inneren Stadt fanden gestern Donnerstag abend...

Zur Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne hat auch diesmal... Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne hat auch diesmal... Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne hat auch diesmal...

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 74563 Mark.

Erhöhung wird ebenfalls in der Richtung weiterer Betriebs... Erhöhung wird ebenfalls in der Richtung weiterer Betriebs... Erhöhung wird ebenfalls in der Richtung weiterer Betriebs...

Strafantrag der Reichsbank gegen den Vorwärts und die Sächsische Staatszeitung.

Berlin. (Telunion.) Wie wir von zuverlässiger Stelle... Strafantrag der Reichsbank gegen den Vorwärts und die Sächsische Staatszeitung. Berlin. (Telunion.) Wie wir von zuverlässiger Stelle...

Neuerdings hat nun auch die Sächsische Staatszeitung... Neuerdings hat nun auch die Sächsische Staatszeitung... Neuerdings hat nun auch die Sächsische Staatszeitung...

Angriffe gegen Dr. Stresemann.

Hamburg. Die Deutsche Volkspartei und die... Angriffe gegen Dr. Stresemann. Hamburg. Die Deutsche Volkspartei und die...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 1. Juni 1928.

Ein Denkmal für Pasteur. X Straßburg. Hier ist gestern ein Denkmal für... Ein Denkmal für Pasteur. X Straßburg. Hier ist gestern ein Denkmal für...

Blammen.

Roman von Hans Schulze. 2. Fortsetzung. Jetzt trat das junge Mädchen näher an den Tisch heran... Roman von Hans Schulze. 2. Fortsetzung. Jetzt trat das junge Mädchen näher an den Tisch heran...

Barbes hinaus, der wie ein ernstes, feierliches Gemälde vor ihm stand.

Ein Sturm überstreichender Empfindungen wogte in... Barbes hinaus, der wie ein ernstes, feierliches Gemälde vor ihm stand. Ein Sturm überstreichender Empfindungen wogte in...

Seiner Ansicht nach sei im Verfall der Verträge in keiner... Seiner Ansicht nach sei im Verfall der Verträge in keiner... Seiner Ansicht nach sei im Verfall der Verträge in keiner...

Eine englisch-türkische Streitfrage.

London. Neuer meldet aus Konstantinopel, die... Eine englisch-türkische Streitfrage. London. Neuer meldet aus Konstantinopel, die...

Aussperrung in der englischen Zute-Industrie.

London. Gestern ist es zur Aussperrung der... Aussperrung in der englischen Zute-Industrie. London. Gestern ist es zur Aussperrung der...

Zur Räumung Konstantinopels bereit.

Lausanne. Die englische Delegation soll sich in... Zur Räumung Konstantinopels bereit. Lausanne. Die englische Delegation soll sich in...

Japan gegen die amerikanischen Antialkoholbestimmungen.

Washington. Die japanische Regierung hat sich... Japan gegen die amerikanischen Antialkoholbestimmungen. Washington. Die japanische Regierung hat sich...

Bermischtes.

Gewaltige Wolkendrücke bei Mansfeld. In der Gegend von Mücheln und Mansfeld fanden... Gewaltige Wolkendrücke bei Mansfeld. In der Gegend von Mücheln und Mansfeld fanden...

Durchtbares Erdbeben in Persien. Wie aus Teheran gemeldet wird, hat das Erdbeben in Persien, über...

umfing ihn wie ein warmer Dusch lang entbehrtet... Durchtbares Erdbeben in Persien. Wie aus Teheran gemeldet wird, hat das Erdbeben in Persien, über...

Vor dem Ruhrbankrott?

Frankreichs Hoffnung, durch rücksichtslose Verhinderung seiner Gewaltpolitik im Ruhrgebiet den deutschen Widerstand zu brechen, ist bisher völlig enttäuscht worden. Bisher denn je steht die deutsche Front, und zu dem Kleinmut, der sich gelegentlich hinter der Front hier und da gezeigt hat, steht die ruhige, aber unerschütterliche Haltung der Ruhrbevölkerung in einem rühmlichen Gegensatz. Vergeblich hat die französische Regierung auch den Versuch gemacht, Uneinigkeit in die deutschen Reihen hineinzutragen, indem sie die kommunistischen Kräfte nach Kräften förderte, ja vielleicht durch Geldunterstützungen kommunistische Führer und Vorkämpfer selbst finanzierte oder gar direkt hervorrief. Der Zustand ist ohne jeden Erfolg zusammengebrochen, weil der deutschdenkende Teil der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes den französischen Plan durchschaute und ihn zu vereiteln verstand. In wenigen Tagen wird die Ruhr im Ruhrgebiet wieder hergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen sein. Der Selbstschutz, der unter harter Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ins Leben gerufen worden ist, hat viel zur Wiederherstellung der Ordnung beigetragen. Auch die Niederlage der Ruhrkommunisten ist im Grunde genommen eine Niederlage Poincarés und seiner hinterhältigen Politik, die Deutsche gegen Deutsche auszuspielen und Deutschland durch Deutsche zu vernichten trachtete.

Durch den Zusammenbruch des kommunistischen Ruhraufstandes sind den Poincarés und Komparten die Hände weggeschwommen, die sie schon ganz sicher im Besitz zu haben glaubten. Es scheint, daß sich jetzt bereits in manchen Ententekreisen das Gefühl regt, als müßte dem Ruhrbankrott der Kommunisten auch der Ruhrbankrott Poincarés in kurzer Frist folgen. Vor allem sind es die Belgier, die ungeduldig zu werden beginnen. Man macht in der belgischen Presse Poincarés den verdeckten Vorwurf, daß er durch den eigenmächtigen Einmarsch ins Ruhrgebiet England beiseite gestoßen und es dadurch Deutschland ermöglicht habe, unter Benützung der Uneinigkeit der Entente seinen Widerstand zu verstärken und zu verlängern. Mit heimlicher Angst suchen die Brüsseler Politiker einen Weg, der ihnen, ohne daß sie eine Schlappe erleiden, den Rückzug aus dem Ruhrabenteuer ermöglicht. Man möchte am liebsten mit Hilfe Englands Deutschland ein neues Ruhrgebiet aufzwingen, um dann durch dessen erzwungene Annahme einen Vorwand zum Rückzuge aus dem Ruhrgebiet zu haben. Auch in der französischen Presse sind bereits ähnliche unzufriedene Stimmen laut geworden. Poincarés Stellung ist heute lange nicht mehr so unangefochten wie noch vor vier Wochen. Selbst der „Temps“ spricht den Wunsch aus, daß Deutschland Vorschläge machen möchte, die zu einer Verständigung führen könnten, wenn auch die Vorschläge, die das französische Blatt für annehmbar hält, niemals die Unterschrift eines verantwortlichen deutschen Politikers finden würden. Man sieht auch hinter den Drohungen der französischen Presse heute schon oft die verdeckte Angst, daß Deutschland in seinem Widerstand unerschütterlich bleiben, und daß dann der Bankrott der französischen Ruhrpolitik nicht mehr zu verhindern sein könnte.

Zur deutschen Antwortnote.

Die Besprechungen des Reichskanzlers

Mit den Parteiführern haben gestern ihren Fortgang genommen. Der Reichskanzler empfing im Laufe des Tages Vertreter der verschiedenen Parteien des Reichstages zu Einzelbesprechungen und orientierte sich über die Lage, die einer Klärung soweit entgegengeführt ist, daß mit dem Abschluß der Vorarbeiten für die deutsche Antwort Anfang nächster Woche zu rechnen ist.

Die Berliner Morgenblätter bezeichnen die in verschiedenen ausländischen Zeitungen erschienenen Mitteilungen über den Inhalt der neuen deutschen Reparationsnote als leere Kombinationen. Schon aus der Tatsache allein, daß die entscheidenden Beratungen über die Note erst zu Anfang der kommenden Woche stattfinden werden, geht hervor, daß Form und Inhalt der deutschen Antwort noch nicht feststeht.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie gab gestern nachmittags Vertretern der Presse noch einmal eine Darstellung über die Beweggründe, die es zu dem Schreiben an den Reichskanzler veranlaßt hatten. Es wurde betont, daß dieses Schriftstück nur als Gutachten der Industrie gelten soll, die der Reichsverband vertritt. Mit besonderem Nachdruck wurde noch einmal vor der Auslastung der deutschen Wirtschaftssubstanz zu Reparationszwecken gewarnt. Die deutsche Wirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie entweder direkt Substanz an das Ausland abliefern sollte, oder wenn man sich dazu entschließen würde, die deutsche Volkswirtschaft durch das Ausland einschränken zu lassen.

Die Eisenbahn bleibt Reichsbetrieb.

Nachdem in der in- und ausländischen Presse die Frage der Verpfändung der Eisenbahnen Gegenstand verschiedenartiger Erörterungen geworden ist, hat es das Reichsverkehrsministerium für nötig gehalten, auch eine Stellungnahme der berufenen Vertretungen der Beamten- und Arbeiterschaft zu den in Frage stehenden Problemen herbeizuführen, da naturgemäß auch die Belange des Personals dadurch berührt werden. Dementsprechend ist mit dem bei der Reichsbahnverwaltung bestehenden Organisationsausschuß in außerordentlicher Sitzung am 31. Mai im Reichsverkehrsministerium diese Frage dahin besprochen worden, daß die Eisenbahn grundsätzlich wie bisher als Reichsbetrieb weiter erhalten bleiben soll.

127 Milliarden Markl geraubt.

Von Mitte Februar bis Ende Mai wurden von den französischen und belgischen Besatzungsbehörden über 127 Milliarden Markl gewaltsam beschlagnahmt. Der ganze Betrag mit Ausnahme von wenig mehr als eineinhalb Milliarden entfällt auf die Tätigkeit der Franzosen. Die größten Beträge fielen ihnen in den Reichsbankgebäuden von Essen und Koblenz, bei der Ergreifung einer für die Reichsbankstelle Worms bestimmten Sendung und bei der Wegnahme eines Transportes der Reichsbankhauptkasse aus dem Schencklage Berlin-Köln in die Hände.

14 Direktoren und Prokuristen ausgewiesen. Vorgestern sind 14 leitende Persönlichkeiten, Direktoren und Prokuristen der Östlicher Harzwerke von den Franzosen ausgewiesen worden. Infolge dieser Ausweisung sind die Harzwerke in eine sehr schwierige Lage geraten, und die Fortführung des Betriebes ist in Frage gestellt.

Die Schicksal der Krupp-Direktoren. In Düsseldorf wird mit ziemlich großer Bestimmtheit angenommen, daß Dr. Krupp von Bohlen und Halbach und die drei Krupp-Direktoren aus dem Düsseldorfer Gefängnis nach dem Gefängnis in Zwettlingen gebracht worden sind.

Rheinbahn wieder geräumt. Die belgische Besatzungsbehörde hat das Rheinische Stahlwerk in Duisburg geräumt. Während der langen Besatzungszeit sind ungewisse Vermögenswerte angekauft worden.

Für baldigste Regelung der Reparationsfrage.

Entscheidung durch ein Welttribunal.

London, 31. Mai. Times fordert in einem „Oberste Frage“ überschriebenen Leitartikel baldigste Regelung der Reparationsfrage als Ziel der britischen Politik, da keine Zeit zu verlieren sei. Das Reparationsproblem liege fast jedem anderen Problem zugrunde, und seine finanziellen und kommerziellen Verwicklungen gingen weit über Europa hinaus. Die fortschreitende Verschlechterung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei jetzt jedem Auge offenkundig, selbst französische Beobachter geständen eine Besorgnis ein, die sie früher nicht empfunden hätten. Es werde nicht wieder erklärt, daß Deutschlands Geldnotstand mit seiner wirtschaftlichen Lage nichts zu tun habe. Die rasche Entwertung der deutschen Währung habe zu politischen und sozialen Unruhen geführt, die möglicherweise von ansehender Art sein könnten. Es stehe natürlich außer jedem Zweifel, daß Deutschland seine finanziellen Angelegenheiten während eines langen Zeitraumes schlecht geleitet habe. Der Versuch, die Mark zu retten, habe angefangen der Lage im Ruhrgebiet nur zeitweilige Erfolge haben können und sei schließlich aufgegeben worden. Es sei schwer, die Beweggründe der Unternehmung des Reichstagsausschusses zu verstehen, denn was könne sich überhaupt Gutes daraus ergeben? Der Ausschuss habe Schritte getan, um die Veröffentlichung grundlegender Informationen zu verhindern, die eine Grundlage zur Schöpfung der auswärtigen Hilfsquellen der deutschen Industrie bieten würden. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei endgültig schädlich für die wirtschaftlichen Interessen Englands, weil sie durch die Desorganisation der deutschen Industrie zu der Desorganisation der internationalen Industrie führe. Frankreich müsse, um die Fortsetzung seines abenteuerlichen Experiments zu rechtfertigen, zeigen, welche Vorteile es ihm gebracht habe. Times fragt, ob selbst, wenn Deutschland den passiven Widerstand beende, Frankreich die Vorteile davon haben würde, die es durch eine Regelung des Problems, die die Zustimmung der Welt und des Schuldners finde, erhalten würde. Es seien Anzeichen vorhanden, vielleicht augenblicklich nur geringe, daß beide Länder bestraft seien, eine Lage zu beenden, die für die Welt schädlich sei.

Es liege im Interesse der Welt im allgemeinen und Europas im besonderen, daß die britische Regierung bereit sei, sobald wie möglich einzutreten, um eine Regelung zu fordern. Man sei sehr dafür, daß die Frage zunächst zur Entscheidung an ein Welttribunal verwiesen wird. Deutschland habe durch seine Aktion den Argwohn veranlaßt, daß es seine Verpflichtungen zu umgehen wünsche. Deutschland könne diesen Argwohn beseitigen, indem es in klaren Worten ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuss von Sachverständigen zu überweisen. Um die bona fides dieses Angebots zu bestätigen, müsse Deutschland sich verpflichten, einer solchen Kommission alle Informationen über seine finanziellen Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen, sowie das Recht zu einer etwa notwendigen Untersuchung der Hilfsquellen der deutschen Industrie, damit die Kommission in der Lage sei, mit einiger Genauigkeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bestimmen, mit anderen Worten, die Kommission müsse in der Lage versetzt werden, die Kassen Deutschlands zu untersuchen. „Times“ glaubt nicht, daß in diesen Kassen viel gefunden werden wird, aber, wenn eine internationale Untersuchung die Gläubiger Deutschlands überzeugen soll, so müsse sie auf festgestellte Tatsachen gegründet sein. Die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage in den letzten Monaten sei so schnell gewesen, daß Deutschland ein Moratorium im Wesen, wenn nicht in der Form gewährt werden müsse, damit Deutschland Zeit und Gelegenheit habe, seine Finanzen

Die Essener Banken freigegeben.

Die Essener Banken sind für den Verkehr mit dem Publikum wieder geräumt worden; Auszahlungen können jedoch nur im beschränkten Umfang stattfinden.

Ein deutscher Richter im Gefängnis.

Vor dem französischen Militärgericht in Witten hatte sich der aufstrebende Richter des Amtsgerichts Witten, Amtsgerichtsrat Biegand wegen Gehorsamsverweigerung in zwei Fällen zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, zwei französischen Gendarmen, auf deren Ersuchen die Herausgabe von Gefangenenregistern verweigert zu haben, sowie einer Aufforderung, im Büro der Division in Witten zu erscheinen, nicht Folge geleistet zu haben. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil wurde von der Verteidigung Berufung eingelegt.

Frankzösische Eingriffe auf Zeche Graf Bismarck. Die Franzosen haben auf der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen, auf der schon seit einiger Zeit ein Kontrollposten aufgestellt war, nunmehr große Eingriffe in die Kassenströme vorgenommen und mit dem Abtransport des Kohles begonnen. Gleichzeitig haben sie den Kasen der Zeche besetzt. Alle Lokomotiven des Bahngeländes sowie wertvolle Bestände an Holzern wurden beschlagnahmt. Die Besatzung ist darauf neuerdings in den Proteststreik eingetreten.

Zur französischen Militär-Polizeigericht

Das französische Militär-Polizeigericht verurteilte den 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe Worms des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Kaufmann Karl Schmitz, der wegen angeblicher Beleidigung der Besatzungsstruppen und Aufreizung der Bevölkerung des besetzten Gebietes zum passiven Widerstand gegen die Anordnungen der Besatzungsorgane, ferner wegen Besitzes im besetzten Gebiet verbotener Druckschriften und Zeitungen zu einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und 150 000 Mark Geldstrafe.

Die Besatzungsstruppen müssen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Rheinländern sorgen.

Zu den Gerüchten über beabsichtigte Waffenspenden der Kommunisten in Rheinbessen geht den Blättern von französischer Seite folgende Meldung zu: Die Hoffnung der belgischen Kommunisten, daß bei einem Waffenspenden in Mainz die französischen Besatzungsstruppen wie im Ruhrgebiet neutral bleiben würden, ist trügerisch. Nach dem Friedensvertrag von Versailles sind in den unter der Regie der Interalliierten Rheinlandskommission besetzten deutschen Rheinländern die Besatzungsstruppen verpflichtet, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Dies trifft aber für das Ruhrgebiet nicht zu, da es sich dort um ein Gebiet handelt, das vorübergehend besetzt ist und nicht weiter der Regie der Interalliierten Rheinlandskommission untersteht. Die Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist dort Pflicht der deutschen Polizei. Die Besatzung des Ruhrgebietes hätte erst Anlaß einzuschreiten, wenn die Sicherheit der Besatzungsstruppen gefährdet wäre.

auszugleichen. Es sei möglich, daß eine Regelung auf der Grundlage erzielt wird, die eine internationale Kommission vielleicht empfehlen werde, welche die Erwartungen Frankreichs aber enttäuschen werde. Diese Enttäuschung sei nicht zu umgehen. Die Alternative dafür sei die Fortsetzung des blinden Abenteuers im Ruhrgebiet, dessen Ende kein Mensch voraussehen könne. Man müsse den Gedanken an Garantien und produktive Pfänder aufgeben. Die Ueberwachung der Verpflichtungen Deutschlands scheine die beste Garantie zu bieten, auf die die Gläubiger Deutschlands kommen könnten.

„Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, es sei zu hoffen, daß die britische Regierung, falls die deutsche Note eine angemessene Erörterungsgrundlage biete, ihren Standpunkt weit klarer und entschiedener zum Ausdruck bringen wird, als bei der letzten Gelegenheit, und daß die französische und die belgische Regierung das deutsche Angebot weniger heftig auf seine Vorteile hin prüfen werden. Sogar Poincarés und die Elemente der französischen Meinung, die ihn unterstützten, könnten kaum glücklich sein über die Wendung, die die Ereignisse im Ruhrgebiet genommen hätten. In Belgien könnten jetzt Anzeichen wachsender Besorgnis über die augenblickliche Entwicklung der Ereignisse beobachtet werden. Die Belgier seien ein Industrievolk; obgleich sie Reparationen brauchen, können sie die Gefahr leben, die entstehe, wenn man Deutschland den Weg zum Chaos hinuntergleiten lasse. Sie schienen außerdem bestrebt zu sein, daß die Einheit der Alliierten wiederhergestellt werde und daß die Unterstützung Frankreichs in der Ruhrfrage sei nicht von Großbritannien entferne. Deutschland könne für Reparationen nur eine jährliche Summe in Höhe des Ueberflusses der deutschen Ausfuhr über die deutsche Einfuhr zahlen, und jeder Versuch, mehr aus Deutschland herauszupressen, könne nur zu einer fortschreitenden Entwertung der Mark führen.

Die belgische Delegation den Alliierten überreicht.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien“, die vom „Echo de Paris“ bestätigt wird, hat die belgische Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter allen alliierten Regierungen die Delegation in der Reparationsfrage überreicht lassen, die sie vorige Woche der französischen Regierung übermittelte und die in der am 6. Juni in Brüssel stattfindenden Konferenz zwischen Poincarés und den belgischen Ministern erörtert werden soll. Nach dem gleichen Blatt werden auf der Tagesordnung der Konferenz gewisse Fragen bezüglich der Ruhrbesetzung stehen, namentlich die Frage der Mittel, den französisch-belgischen Druck zu verstärken, um den deutschen Widerstand gegen den Abtransport der Kohlen, den Eingang der Steuern und die Beschlagnahme der metallurgischen Erzeugnisse zu brechen.

Zu Mussolinis Standpunkt.

„Idea Nazionale“ fordert die italienische Presse an, das Mussolini-Projekt erneut zu empfehlen. Zwar sei das Projekt gänzlich unpolitisch, weil es nur wirtschaftliche Gesichtspunkte enthalte, aber es sei allein geeignet, die so stark politische Reparationsfrage zu lösen. Frankreich drohe mit der Ergreifung scharferer Maßnahmen gegen Deutschland, aber was könne es mehr tun, als Deutsche erziehen? Belgien schraube erzkaiserliche keine Anforderungen an Deutschland zurück. Was England angeht, so ließe es Mussolinis Standpunkt nahe. Auch Deutschland habe endlich die Notwendigkeit zu zahlen anerkannt.

Die Beamten-Arbeitsgemeinschaft Rhein-Ruhr gegen die Katastrophopolitik.

Die Beamten-Arbeitsgemeinschaft Rhein-Ruhr, in der alle maßgebenden Beamten-Organisationen zu gemeinsamer Arbeit während des Ruhrbruchs zusammengeschlossen sind — der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangehörten-Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring, der Reichsbund der höheren Beamten, und zwar jeder Organisation mit ihrer für das gesamte altbesetzte und Einbruchgebiet maßgebenden Einrichtung — hat in ihrer letzten Sitzung Stellung zur Lage im Ruhrgebiet genommen und folgende Entschliessung gefaßt: „Die Beamten-Arbeitsgemeinschaft Rhein-Ruhr verfolgt mit großer Sorge die Streikbewegung im Ruhrgebiet. Die Ausschüsse politisch unverantwortlicher Elemente bedeuten eine Miseregefahr für die Abwehrbewegung. Wenn auch die Erregung der gesamten Arbeitnehmerkraft wegen der erneuten Feuerung verständlich ist, so muß doch alles vermieden werden, was die gemeinsame Abwehrfront schwächt. Gerade die Beamten, die bisher mit den Arbeitern in vorderster Front gekämpft und die größten Opfer gebracht haben, müssen unter den Folgen einer vorzeitig zusammenbrechenden Abwehrfront am meisten leiden. Wir warnen daher unsere Mitglieeder, sich zu einer Beteiligung an einer solchen Katastrophopolitik verleiten zu lassen. Von der Reichsregierung und privaten Wirtschaftskreisen erwarten wir, daß sie in Erkennung der Gefahr sowohl in der Lohn- und Gehaltspolitik und in der Bekämpfung wucherischer Preisbildung als auch in ihrer Ruhepolitik Wege geben, die geeignet sind, die verzweifeltsten Volksmassen zu beruhigen.“

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist die Aufnahme der Arbeit im ganzen Ruhrgebiet allgemein. Ebenso wie die Bergarbeiter sind auch die Metallarbeiter wieder zum größten Teil zur Arbeit zurückgekehrt.

Dortmund. Die Polizei hat gestern in einem Bauhüto an der Güntherstraße 80 Kommunisten verhaftet, unter denen sich eine Anzahl Führer der letzten Unruhen befindet. Die Kommunisten waren meist mit Revolvern bewaffnet. Wie gemeldet wird, wurden die verhafteten 80 Kommunisten während des ganzen Tages vernommen. Eine Anzahl der Verhafteten, die schwer belastet sind, wurde festgehalten, während die übrigen nach Feststellung ihrer Verurteilung entlassen wurden.

Essen. Die am vorigen Sonnabend in der Aufregung der andauernden Schieberereien nach außerhalb verbreitete Meldung, der Lebensmittelhändler Strathmann sei von zwei Kommunisten ermordet worden, hat sich nachträglich als unwahr herausgestellt. Es konnte unzweifelhaft festgestellt werden, daß der Lebensmittelhändler Strathmann in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend als Mitglied einer Patrouille des Selbstschutzes erschossen wurde.

Dortmund. Auch hier ist alles ruhig. In Witten ist der größte Teil der Schieferarbeiter wieder eingeschifft.

Wesentliches. Bis auf kleinere Zwischenfälle herrscht hier Ruhe. Die Ordnung wird von der Ordnungspolizei aufrecht erhalten. Es besteht Hoffnung, daß die Arbeit so allmählich wieder aufgenommen wird.

Ein. Die hiesigen Straßenbahner haben über die Höhe der Organisation hinweg den Streik beschlossen. Von britischer Seite wurden die Ausständigen darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ordonnanz 53 der Rheinland-Kommission Streiks von den Besatzungsbehörden nur dann als gerechtfertigt anerkannt werden könnten, wenn die tariflichen Schlichtungsstellen gesprochen hätten. Die Streikenden erklärten sich bereit, die im Interesse der britischen Besatzung erforderlichen Dienstwagen zu fahren.

Sur französisch-belgischen Konferenz.

Frankfurt. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris: An der auf den 6. Juni anberaumten französisch-belgischen Konferenz wird auf französischer Seite außer Delcandé kein anderes Mitglied der Regierung teilnehmen. Es wurde in Paris davon gesprochen, daß Mussolini an der Konferenz in Brüssel am 6. Juni teilnehmen würde. In offiziellen Kreisen ist über diese Absicht des italienischen Ministerpräsidenten nichts bekannt. Im Journal des Débats wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Mussolini nur dann nach Brüssel reisen könne, wenn er von der belgischen Regierung eine offizielle Einladung erhalte. Damit sei aber kaum zu rechnen, denn es handle sich eben um eine belgisch-französische, nicht um eine italienische Besprechung!

Drei Bedingungen Frankreichs.

Paris. Der Temps gibt die Bedingungen bekannt, unter denen Frankreich bereit sei, mit Aufmerksamkeit die neuen Zahlungsansprüche der deutschen Regierung zu prüfen: 1. müsse, sobald Verhandlungen beginnen, der passive Widerstand eingestellt werden und die Reichsregierung den Grundbesitz Frankreichs und Belgiens anerkennen, daß die Räumung der Ruhr nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolge; 2. wird der deutschen Regierung der Rat erteilt, keine feste Gesamtsumme in dem Angebote zu nennen. Vor allen Dingen seien die Ansprüche Englands noch nicht bekannt, und es bestehe daher die Gefahr, daß ein ungenügender Gesamtbetrag vorgeschlagen werden würde; 3. sollte die deutsche Regierung nicht wieder die unnütze Forderung der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit stellen. Dagegen könne, so laut der Temps weiter, Deutschland ein Moratorium verlangen. Aber es müsse fest vereinbart werden, daß die Alliierten während der Dauer dieses Moratoriums im Besitz des ganzen Ruhrgebietes bleiben, und daß sie aus dem besetzten Gebiete alle Erträge ziehen, die diese zu ertragen imstande sind.

England und Rußland.

Neuter erzählt, daß die Ansicht der britischen Regierung über die englisch-russische Lage, die Krassin durch Lord Curzon am letzten Sonntag mündlich mitgeteilt wurde, jetzt in die Form einer Note gekleidet worden ist. Diese Note wird von Krassin nach Moskau geschickt werden zusammen mit einem von Krassin selbst verfaßten Begleitschreiben, das eingehend den Verlauf seiner Unterredung mit Lord Curzon behandelt.

„Daily Herald“ zufolge wurde die neue britische Note an Rußland, die technisch ein Memorandum und keine Note sei, vom Foreign Office Krassin überreicht. Die britische Note lege das Angebot der russischen Regierung mit geringen Vorbehalten, die sich auf die Schiffe und Dampfer, die Davison-Plan und Harding forderten, sowie auf die Watson-Note beziehen, als befriedigend an, aber sie erkläre, daß die russische Antwort in dem Punkte der antibrissischen Propaganda in Ästen unbedingend sei und wiederhole die Forderung nach Abberufung der russischen Vertreter in Teheran und Kabul. „Daily Herald“ bemerkt, der Ton dieser Note sei höflich und stehe in ausgesprochenem Gegensatz zu dem britischen Ultimatum vom 8. Mai.

Gestern wurde in London eine Versammlung der Gläubiger Rußlands abgehalten, in der die bedeutendsten Handelsfirmen Englands vertreten waren. Es kam eine Resolution zur Annahme, die die Ueberzeugung ausdrückt, daß keine Konferenz zwischen der britischen und der russischen Regierung stattfinden solle, wenn die russische Regierung nicht zuvor ihre Bereitschaft erklärt, die russischen ausländischen Schulden einschließlich des beschlagnahmten britischen Eigentums in Rußland zurückzuerstatten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zur Stützung der Marx. In der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages zur Prüfung der Maßnahmen zur Stützung der Marx wurde rein geschäftsordnungsmäßig die Verteilung des Untersuchungsmaterials, sowie die Art und Weise besprochen, in der man zur Bewältigung des Stoffes verhandlungstechnisch vorzugehen habe. Zur Sache selbst wurde nichts verhandelt. Es wurde beschlossen, daß Montag vormittag eine geschlossene Sitzung stattfinden soll, in der wichtige Vernehmungen vorgenommen werden sollen. Wenn nötig, soll dann auch noch um 4 Uhr des gleichen Tages eine weitere geschlossene Sitzung stattfinden. Die nächste öffentliche Sitzung ist für Dienstag vormittag 10 Uhr in Aussicht genommen.

Eröffnung der neuen Volkshalle in Dessau-Wienhausen. Gestern fand die feierliche Eröffnung der neuen Volkshalle in Dessau-Wienhausen statt, die heute dem Verkehr übergeben wurde. Die neue Halle ist vor allem dazu dienen, die stark besetzte Straße Berlin-Galle zu entlasten und das Band Anhalt an den großen Durchgangsverkehr anzuschließen.

Ein Denkmal für im Dienste gefallene Schupo-Beamte. Im Garten der ehemaligen Kriegsschule am Waterloo-Platz in Hannover wurde für die im Dienste gefallenen Schupo-Beamten der hannoverschen Hundertschaften ein Denkmal eingeweiht. Die Gedächtnisrede hielt Geheimrat Konstantin D. Siebrach. Vortragsredner waren die Kommandanten der Schupo-Regiment, Polizeimajor Jacob. Das Denkmal besteht aus einem Hindelnstein, der bis jetzt die Namen von drei Beamten trägt, von denen zwei bei den Kommunistenunruhen in Mitteldeutschland 1921 Opfer ihres Dienstes geworden sind, während der Dritte bei einem Unfall im Dienste zu Tode kam.

Sommerzeit im besetzten Gebiet. Wegen Einführung der neuen Sommerzeit wurden in der Nacht zum 1. Juni im besetzten Gebiet die Bahnhöfe um eine Stunde vorgezogen, so daß von diesem Zeitpunkt an die Bahnhöfe mit der Ortszeit übereinstimmen. Gleichzeitig wurde ein neuer Fahrplan herausgegeben.

Einsetzung der Diplomvolkswirte zum Staatsdienst in Preußen. Nach einem im Hauptauschuß des Preussischen Landtages angenommenen Antrag soll denjenigen Studierenden der Nationalökonomie, die die letzten zur Einführung gelangte volkswirtschaftliche Diplomprüfung erfolgreich abgelegt haben, die staatliche Beamtenlaufbahn, besonders auf dem Gebiete der Finanzverwaltung geöffnet werden können.

Keine proletarischen Hundertschaften in Preußen. Der preussische Minister des Innern, Severing, empfing gestern eine Delegation, die sich aus Arbeitern aus dem

Reich und Großberlin, besonders aber Kommunisten zusammensetzte. Die Arbeiter brachten zahlreiche Wünsche vor und forderten vor allem, die proletarischen Hundertschaften zu erhalten, was der Minister jedoch kräftig ablehnte.

Notiz zu 500 000 Mark Reichsschatz. Der Staatsgerichtshof verurteilte den früheren Hauptgeschäftsführer des Reichswirtschaftlichen Schul- und Trugschuldes Alfred Roth in Bergedorf bei Hamburg wegen öffentlicher Beleidigung des verstorbenen Reichsministers Rathenau zu 500 000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit 100 Tage Gefängnis treten, sowie zur Tragung des Kostenverfahrens. Der Reichsregierung wurde die Publikationsbefugnis in der „Vormerischen Tagespost“, der „Ökonomiezeitung“ und dem „Volkswort“ in Steintin zugesprochen.

Deutsche Missionare im Kolonialgebiet. Die Norddeutsche Missionarische Gesellschaft ordnet am 8. Juni in Bremen drei Missionare zum Dienst in Aita (Togo) an der westafrikanischen Küste ab. Es ist dies der erste Fall der Wiederzusatzung deutscher Missionare in ehemaliges deutsches Kolonialgebiet nach dem Kriege.

Polen.

Demission Wilsulski. Die neue Regierung Witos ist vom Präsidenten der Republik empfangen und vereidigt worden. Wilsulski hat demissioniert und zieht sich ins Privatleben zurück. Der frühere Ministerpräsident Sikorski tritt einen längeren Urlaub an. Heute Freitag wird der neue Ministerpräsident Witos sein Exposé im Sejm halten, das mit großer Spannung erwartet wird.

Zweijährige Dienstzeit in Polen. Die polnische Landtagskommission hat sich mit überwältigender Mehrheit für die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen.

England.

Der Reparationsplan der englischen Handelskammern. Der Verband der englischen Handelskammern hat sich bereit erklärt, drei Vertreter zu der von dem Kongress der internationalen Handelskammern in Rom beschlossenen Konferenz von Geschäftsleuten zu entsenden, die die Reparationsfrage prüfen sollen. Der Evening Standard erklärt dazu, daß die englischen Delegierten vorschlagen werden, Deutschland ein mehrjähriges Moratorium zu gewähren. Sodann werde die englische Delegation die Festlegung einer Reparationssumme verlangen, die Deutschland innerhalb einer angemessenen Zeit bezahlen könne, ohne den Handel der Alliierten zu schädigen. Es würde ferner die Form einer internationalen Anleihe und die Sicherung des Zinses- und Tilgungsdienstes vorgeschlagen. Zu diesem Zwecke müßten Goldvorräte auf die Ein- und Ausfuhr erhoben werden und zwar unter internationaler Kontrolle über das deutsche Rollwelen.

Bergung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Neuter meldet, auf Grund einer mit der Admiralität getroffenen Vereinbarung werde demnächst mit der Bergung eines großen Teiles der deutschen Flotte, die im Jahre 1919 in Scapa Flow versenkt wurde, begonnen werden. Nach einer Wittermeldung handelt es sich nur um Torpedoboote, welche nach erfolgter Deutung abgehoben werden sollen. Käufer ist ein Industrieller in Glasgow.

Tritt Mac Kenna in das Kabinett Baldwin ein? Die von Londoner Blättern veröffentlichte Nachricht, nach der damit zu rechnen sei, daß das Kabinett Baldwin einen neuen Reparationsplan vorsehen wird, wird jetzt von den Daily News entschieden in Abrede gestellt. Es spreche im Gegenteil alles dafür, daß die neue Regierung an dem ersten Plan festhalten wird, wenigstens solange, bis Mac Kenna sein Amt angetreten haben werde. — In Bezug auf Mac Kenna teilt das gleiche Blatt mit, daß sein Eintritt in das Kabinett fraglich geworden sei.

Waldigke Regelung der Reparationsfrage. In einem „Die obere Frage“ überschriebenen Leitartikel fordert die „Times“ die baldigste Regelung der Reparationsfrage, da keine Zeit zu verlieren sei, und betont, die fortschreitende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei jetzt jedem offenkundig, selbst den französischen Beobachtern.

Amerika.

Unvergütliche Einberufung einer internationalen Konferenz. Aus New York wird gemeldet: Senator Copeland trat in einer Rede in Raleigh für die unvergütliche Einberufung einer internationalen Konferenz von Wirtschaftsfachverständigen ein, der alle politischen Streitfragen unterbreitet werden sollten. Dies sei die einzige Möglichkeit, die verwickelten Probleme der Welt zu lösen.

Gröba.

Bestellungen auf das täglich erscheinende „Nieser Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Annelie vert. Niesel, Gröba, Alleestraße 2.

Das Flüchtlingsiedlungsgesetz.

Der Reichstagsauschuß für das Wohnungswesen hat sich vor kurzem mit einem von der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie eingebrachten Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Reichsiedlungsgesetzes sowie gleichzeitig mit einem deutschnationalen Antrag betreffend Verteilung von Siedlungsland an ostmärkische Flüchtlinge beschäftigt. Der Ausschuß hat dem Reichstags einen fertigen Gesetzesentwurf vorzulegen beschlossen, in dem beide Anträge zusammengefaßt sind. Nach diesem Entwurf sollen innerhalb des Rahmens des Reichsiedlungsgesetzes über die bereits abgegebene Fläche hinaus weitere 40 000 Hektar Land — möglichst in ganzen Gütern und möglichst mit forstlicher Nutzfläche — von den bestehenden Landlieferungsverbänden, für das Jahr 1923 zur Verfügung gestellt werden. Die Anforderung hat durch die gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zu erfolgen, um die infolge der Abtretung deutschen Gebietes verdrängten Anstiebler, Pächter und Angestellten (Gutsbeamten) in Deutschland neu ansiedeln zu können. Es handelt sich vor allen Dingen darum, Güter, die als besonders schlecht bewirtschaftet gelten können, für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen. Güter, die verdrängten Anstieblern freiwillig Siedlungsland zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen, und sich verpflichten, diese Personen bis zur Siedlung der abgetretenen Flächen bei sich angemessen unterzubringen und sie bei der Einrichtung der Siedlungsstellen zu unterstützen, sollen von der Enteignung möglichst verschont bleiben.

Zur Befreiung der Ansiedlung ostmärkischer Flüchtlinge erhält das gemeinnützige Siedlungsunternehmen die Berechtigung, das enteignete Grundstück schon vor der Festlegung der Entschädigung in Besitz zu nehmen. Im übrigen gelten auch für die den ostmärkischen Flüchtlingen eingeräumten Siedlungsstellen die Vorschriften des Reichsiedlungsgesetzes. In dieses soll ferner ein besonderer Paragraph 25a eingefügt werden, nach welchem bei der Besiedlung von Gütern oder Domänen die in dortigen Familienwohnungen untergebrachten oder dort länger als zwei Jahre beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten auf Wunsch nach Möglichkeit in Eigen- oder Pachtstellen angestellt werden sollen. Soweit das nicht möglich ist, sind sie bis zur Dauer eines Jahres nach der Befreiung durch das Siedlungsunternehmen in den Wohnraum zu belassen, falls ihnen nicht

vorher möglich geworden ist, Siedlungsland nachgewiesen werden können. Werden die Arbeiter und Angestellten infolge der Besiedlung von Gütern oder Domänen vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos, so hat ihn das Siedlungsunternehmen bis zu einem halben Jahre eine Unterhaltung in Höhe von drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes zu gewähren. Wird ein Wohnungswechsel notwendig, so hat das Siedlungsunternehmen diesen Arbeiter und Angestellten die Kosten des Umzugs zu ersetzen. Ferner bestimmt ein neu geschaffener Paragraph 25b des Reichsiedlungsgesetzes, daß bei der Ansiedlung von Siedlern nachbarschaftlicher Zusammenhang mit einer Siedlung gleichartigen religiösen Bekenntnisses gemacht werden soll. Endlich wird als Paragraph 11a die Vorschrift neu eingeführt, daß Berufslandwirte, die enteignet sind, sich aber innerhalb einer Frist von drei Jahren anderweitig antauchen, um die Landwirtschaft hauptsächlich auszuüben, von dem gefährlichen Vorwurfsrecht des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens nicht mehr erfaßt werden, soweit die neu erworbenen Landstücke die angegebene Ausdehnung nicht überschreiten.

Neben diesem Entwurf eines Flüchtlingsiedlungsgesetzes hat der Reichstagsauschuß eine Anzahl Entschädigungen angenommen, in denen die Reichsregierung unter anderem ersucht wird, Richtlinien zur Abfindung von Pächtern enteigneter Güter auszuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß, soweit Pächter Ansprüche geltend machen, in erster Linie Landbesitzer in Anspruch genommen werden soll. Endlich verlangt der Auschuß von der Reichsregierung die unverzügliche Vorlegung eines Denkschrifts über das dem Reich zur Verfügung stehende Land sowie über das von den anderen Ländern außer Preußen bisher aus ihrem Staatsgebiet zu Ansiedlungszwecken zur Verfügung gestellte Land.

Das Handelsabkommen mit der Türkei.

(Lauzanne, 31. Mai. Das Wirtschaftskomitee genehmigte heute die türkischen Klauseln des Abkommens über das Niederlassungsrecht und, von einigen Fragen abgesehen, das gesamte Handelsabkommen mit der Türkei. Dabei wurde den Tärken das uneingeschränkte Uebersehungsrecht für ausländische Werte in türkischer Sprache für die Dauer des Abkommens zugestanden. Eine längere Debatte entstand wieder über den Beitritt anderer Staaten zu dem Abkommen, wobei die Alliierten wieder besondere Erwägungen für Polen, die Tschechoslowakei, Belgien usw. verlangten. Man hat den Eindruck, daß die Türkei über den Beitritt Belgiens zu weiteren Verhandlungen bereit ist. Betreffs Polens verwies Ismet Pascha auf die bereits eingeleiteten Sonderverhandlungen und erklärte, daß auch die Tschechoslowakei, die ein ganz neues Land sei, eines Tages mit der Türkei in Sonderverhandlungen eintreten müsse. Noch schwieriger gestaltete sich die Debatte über die Dauer des Abkommens. Man einigte sich dahin, daß für die Alliierten Hauptzweck die Dauer von fünf Jahren mit möglichster Verlängerung auf weitere zwei Jahre vorgesehen wird. Den kleineren Alliierten sollte Ismet Pascha dagegen nur zwei Jahre mit einer halbjährigen Verlängerung freigegeben werden. Er zog aber aus diesem Angebot zurück, als der rumänische Vertreter Diamanti antwortete, daß er erst Welfungen von seiner Regierung einholen müsse. Der türkische Vertreter Tomawomitsch protestierte darauf sehr nachdrücklich gegen dieses unfreundliche Verhalten der Türkei. Die Lösung der Frage mußte schließlich auf weitere Verhandlungen verschoben werden. Offiziell hat damit heute das Wirtschaftskomitee seine Arbeiten erledigt, wie auch das Finanzkomitee seine Tagesordnung bereits erledigt hat. Morgen früh soll nun, wenn irgend möglich, das politische Komitee die letzten territorialen Streitfragen, vor allem betreffs der Insel Kastelloria, erledigen, die, wie heute erklärt wird, zu seinen ernstlichen Schwierigkeiten mehr führen dürfte. Die wichtigste und ernsteste Frage, mit der die Konferenz sich noch zu befassen hat, bleibt dann diejenige der Rupons für die ostmärkische Anleihe, worüber die Bevollmächtigten heute nachmittag beraten wollen.

63. Hauptversammlung des Sächsischen Landesverbandes Gabelberger.

Der Sächsische Landesverband Gabelberger, der zu Zeit 401 Stenographenvereine mit über 80 000 Mitgliedern zählt, hat vom 28. bis 30. Mai in Werbau seine 63. Hauptversammlung abgehalten. Die Versammlung war die am härtesten besuchte seit dem Kriege. Die Tagung erhielt ein besonderes Gepräge durch die Anwesenheit des Vorsitzenden des Deutschen Stenographenbundes Gabelberger, Herrn Eisenbahndirektor Reue in Braunschweig, der über die stenographisch-politische Lage und über den Stand der Verhandlungen zur Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie berichtete. Hierzu lag ein Schreiben des Herrn Ministerialdirektors Dr. Sempe vor, der dem Verband seine Grüße übermittelte und mitteilte, daß die sächsische Regierung nach wie vor eifrig an der Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie bemüht ist. Die Versammlung nahm hierzu folgende Entschlüsse an: Der Sächsische Landesverband spricht der sächsischen Regierung seinen Dank dafür aus, daß sie trotz aller Widerstände nach wie vor die Bestrebungen auf Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie nachdrücklich fördert, und fordert die Reichsregierung und den Reichstag, die Regierungen und Volkvertreter aller deutschen Länder auf, sich weiterhin mit allen Kräften für die Schaffung der für das deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft dringend nötigen deutschen Einheitsstenographie einzusetzen.

Mit der Hauptversammlung war ein Beisitzreiben und Richtschieben verbunden, an denen über 900 Arbeiten abgegeben wurden. Beim Beisitzreiben wurde in Abteilungen von 120 bis 300 Silben in der Minute geschrieben. In allen Abteilungen konnten zahlreiche Weiß- und Ehrenpreise verteilt werden, die im Werte von über 1 Million Mark von Werbauer Einwohnern und Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt worden waren. Auch die Stadt Werbau hatte in dankenswerter Weise 150 000 Mark für die Tagung bereitgestellt.

Das Ehrenmitglied des Verbandes, Regierungsrat Prof. Knecht vom Stenographischen Landesamt in Dresden hielt den Festvortrag über „Ziele und Wege“, der in folgender einstimmig angenommener Entschlußfassung gipfelte: Der Sächsische Landesverband Gabelberger, zu seiner 63. Hauptversammlung in Werbau versammelt, spricht bei der 50. Wiederkehr des Tages der Einführung des stenographischen Unterrichts an den höheren Lehranstalten des Landes die bestimmte Erwartung aus, daß die sächsische Regierung zur ersten Durchführung der Verordnung vom Juni 1922 über den von allen sächsischen Staatsbeamten zu erbringenden Nachweis stenographischer Fertigkeit nunmehr den Stenographienunterricht zum Pflichtfach an den höheren Schulen erheben und dadurch bis bisher mit dem hohen Maßstab notwendigerweise verbundenen höheren und inneren Stängel des Unterrichtsgebietes abheben wird.

Der als Vorstand (Regierungsrat Dr. Blauert und Brauns, Verwaltungsdirektor Dörschel, sämtlich beim Stenographischen Landesamt in Dresden, Regierungsrat Dr. Schmidt in Chemnitz, Kaufmann Georg in Leipzig, Kaufmann Gerlich in Döbeln und Lehrer Nibel in Plauen) wurden einstimmig wiedergewählt.

Die nächste Hauptversammlung findet im Jahre 1924 in Chemnitz statt.